

mitte drin

Ausgabe 2 / 2022 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Solidarität statt Repression

Ziele linker Justizpolitik

Digitalisierung der Justiz, ein Opfer-schutzgesetz und Vielfalt in der Verwaltung. Das sind die Schlagworte, mit denen ich im Rahmen des 100-Tage Programms des Senats Grundsteine für eine linke Justiz- und Antidiskriminierungspolitik legen werde. Dabei bin ich in der glücklichen Position, als erste LINKE Justizsenatorin Berlins herzlich in einer gut aufgestellten Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung empfangen worden zu sein.

Im Zentrum linker Justizpolitik stehen Grund- und Menschenrechte sowie das Bekenntnis, gesellschaftliche Probleme nicht repressiv, sondern solidarisch zu lösen. Exemplarisch kann dies bei den Ersatzfreiheitsstrafen nachvollzogen werden. Diese werden verhängt, wenn Menschen Geldstrafen, zu denen sie verurteilt worden sind, nicht begleichen können. Sie sitzen nicht wegen schwerer Straftaten ein, sondern weil sie arm sind. Prominenteste Vertreter:innen sind dabei diejenigen, die wegen „Erschleichen von Leistungen“ eine Ersatzfreiheitsstrafe absitzen müssen. Ist das Nutzen des Berliner ÖPNV ohne Fahrschein wirklich verwerflicher als Falschparken? Wieso wird das Recht auf Mobilität für Autofahrer:innen mit einem zuge-drückten Auge ermöglicht, für Nutzer:innen des ÖPNV aber nicht? Hier müssen andere Lösungen gefunden werden, als Armut mit Repression zu begegnen. Natürlich steht bei der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um Armut für uns LINKE die Umverteilung von Reichtum im Zentrum. Dies bezieht sich sowohl auf Löhne und Transferleistungen

aber auch auf die Festlegung, die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge barrierefrei für alle Berliner:innen zu gestalten. Beim Beispiel des ÖPNV geht es konkret darum, die Teilhabe von Menschen mit geringem oder keinem Einkommen zu gewährleisten.

Ein weiteres Beispiel betrifft den Wohnungsmarkt. Wir alle wissen, dass die Berliner Mieten für k(l)eine und mittlere Einkommen kaum noch zu stemmen sind. Schlimmstenfalls häufen sich Mietschulden an und eine Zwangsräumung droht. Hier möchte ich Verfahren prüfen und einführen, die die Betroffenen besser schützen und es erst gar nicht zu einem Räumungstitel kommen lassen.

Der Erfolg des Volksentscheids zur Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne wird mich ebenfalls beschäftigen. Sicher ist: Egal wie geeint Expert:innenkommission, Senat und Initiative am Ende sein werden: Das Gesetz wird am Bundesverfassungsgericht beklagt. Meine Aufgabe sehe ich darin, dass das Vergesellschaftungsgesetz so gestrickt wird, dass eine Prüfung der Verfassungsmäßigkeit an ihm abperlen kann.

Zurück zu den eingangs genannten Schlagworten. Was verbirgt sich hinter ihnen? Die Digitalisierung beschäftigt alle Verwaltungen; überall sind es gigantische Vorhaben. Diese gut über die Bühne zu bringen ist wichtig,



Lena Kreck

Foto:Martin Heinlein

geht es doch um nicht weniger als um zeitgemäßes Arbeiten im Recht. Beim Thema Opferschutz verfolge ich das Ziel, dass auch Betroffenen von herabwürdigendem oder verletzendem Verhalten durch einen Rechtsanspruch auf etwa beratende Unterstützung geholfen wird. Und schließlich wird auch die Fachstelle Diversitätsorientierte Organisations- und Kompetenzentwicklung ihre Arbeit aufnehmen. Sie wird die Senats- und Bezirksverwaltungen bei der Umsetzung von Diversitätsprozessen begleiten und unterstützen.

Meine Aufgabe ist also, die landesrechtlichen Möglichkeiten vollumfänglich auszuschöpfen, um den Zugang zu Recht den Vielen zu ermöglichen, repressive Instrumente als Ultima Ratio zu verstehen und Antidiskriminierungspolitiken zu stärken.

Lena Kreck, Senatorin für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung

Gedenken an die „Fabrik-Aktion“ und den **Protest** in der Rosenstraße

28. Februar 2022

16.00 Uhr Stilles Gedenken am Mahnmal Große Hamburger Straße

16.25 Uhr Gedenkfeier an der Skulptur von I. Hunzinger in der Rosenstraße

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel.: 030 / 240 09-336

Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr und Do. bis 19 Uhr

Blick aus dem Rathaus

Warum hat Mitte so eine hohe Inzidenz?

Die Corona-Pandemie hat die Stadt und unseren Bezirk fest im Griff. Meldungen überschlagen sich und Infektionszahlen steigen in bislang nicht vorstellbare Höhen. Das gilt ganz besonders für die Mitte Berlins, denn wir sind das Ballungszentrum der Republik. Hier treffen viele Menschen aufeinander, hier befinden sich tausende Büros und vor allem haben wir viele Krankenhäuser und zahlreiche Labore bei uns im Bezirk.

Mit Corona-Meldungen aus den Krankenhäusern, nicht vollständigen Daten zu den Laborproben und Anwesenheitslisten der hiesigen Büros und Veranstaltungsorte entsteht für unser Gesundheitsamt ein enormer Koordinierungsaufwand. Denn die gemeldeten Fälle müssen dem jeweiligen Gesundheitsamt am Wohnort des Infizierten zugeordnet werden, bevor sie dort verarbeitet und ins Bundesmeldesystem übertragen werden – ein unglaublicher bürokratischer Kraftakt!

Deshalb habe ich gemeinsam mit unserem Amtsarzt, Herrn Dr. Murajda, entschieden, dass wir bei derart hohen Fallzahlen von diesem Wohnortprinzip abweichen und die Fallmeldungen direkt hier in Mitte ins Meldesystem einspeisen. Das führt zwar dazu,

dass bei uns die Inzidenz steigt, aber sie bildet neben den Positiv-Fällen der hier wohnenden Menschen eben auch Zahlen aus den anderen Bezirken ab.

Ich meine: Ungewöhnliche Zeiten erfordern pragmatische Lösungen. Unser Weg spart Zeit und kostbare Ressourcen und sorgt dafür, dass die Fallmeldungen zeitnah erfolgen können, weil wir den bürokratisch aufwändigen Prozess verkürzen. Dadurch ändert sich im Übrigen nichts für die Berechnung der berlinweiten Inzidenz, denn was Mitte verarbeitet, müssen andere Bezirke nicht mehr tun.

Und wie sieht's aus mit Kontaktpersonennachverfolgung? Tatsächlich ergibt das Recherchieren von Kontakten nur Sinn, wenn sich damit Infektionsketten nachvollziehen lassen. Das ist gerade zu Beginn von Pandemien sehr wichtig und kann bei geringen Fallzahlen wieder aufgenommen werden. In der aktuellen Phase jedoch ist das nicht mehr sinnvoll. Nur bei großen Ausbruchsgeschehen bei den sogenannten vulnerablen Gruppen, also zum



Selbstverständlich geimpft: Stadtrat Christoph Keller

Beispiel in Pflegeeinrichtungen, werden Kapazitäten für die Nachverfolgung eingesetzt. Ansonsten lauten unseren Prioritäten Informieren, Kommunizieren, Impfen, Impfen, Impfen ...

Christoph Keller,
Bezirksstadtrat für Jugend,
Familie und Gesundheit

Aus der BVV

Thema Habersaathstraße noch nicht vom Tisch

In der BVV-Sitzung am 20. Januar hat uns erneut und immer noch das Thema Wohnen in der Habersaathstraße 40-48 beschäftigt. Erfreulicherweise konnte durch die Besetzung und eine Reihe von Demonstrationen, an denen Mitglieder von Fraktion und Bezirksverband der LINKEN beteiligt waren, dort mittlerweile eine Zahl von 30 Wohnungen vorübergehend für obdachlose Menschen zur Verfügung gestellt werden. Dennoch sind die Themen Abriss und Neubau nicht vom Tisch.

Wir fragten daher das Bezirksamt, warum dem Eigentümer des Objektes die Genehmigung für den Abriss des Gebäudes und für einen Neubau an gleicher Stelle versprochen wurde, auch wenn dieses Neubauvorhaben nicht dem Zweckentfremdungsverbotsgesetz entspricht und somit rechtswidrig wäre? Außerdem ging es uns bei der Diskussion um die Transparenz bezüglich der Bedingungen

zur temporären Überlassung der Wohnungen. Wurde eine Vergütung für den Eigentümer vereinbart? Wenn ja, in welcher Höhe? Im Rahmen einer thematischen Stunde wurden diese Fragen in der BVV Mitte erläutert. Eine Miete wird durch das Bezirksamt nicht an den Eigentümer gezahlt, wohl aber die Finanzierung der laufenden Kosten sichergestellt. Unser Dringlichkeitsantrag zum Erhalt der Wohnungen wurde von der Fraktion der Grünen unterstützt und mit mehreren Änderungen letztlich mehrheitlich beschlossen.

Wir werden auch weiterhin nicht akzeptieren, dass der Eigentümer seinen aus dem Grundgesetz abgeleiteten Eigentümpflichten nicht nachkommt, und fordern den Erhalt des Wohnhauses und die sofortige Wiedervermietung der Wohnungen. Der erfolgte Bezug der Wohnungen durch wohnungslose Menschen darf nicht zur Legitimation der Abriss- und Neubaupläne des Eigentümers missbraucht

werden. Zu dieser Forderung zählt daher auch, alle gerichtlichen Mittel voll auszuschöpfen. Diese Forderung wurde von der Grünen-Fraktion leider nicht unterstützt und fehlt daher im Beschluss.

Andererseits wurde unsere Anfrage bezüglich des Abrisses der Wohnungen in der Tegeleer Str. 2-3 durch Bayer durch den zuständigen Stadtrat Herrn Gothe nicht zufriedenstellend beantwortet. Dieser beruft sich auf die Wichtigkeit des Industriegebiets für Berlin und zweifelt daran, dass der Abriss zu verhindern ist.

Der Beschlussempfehlung zweier Ausschüsse zum Interessenbekundungsverfahren in der Vergabe des Cafés Leo ist die Bezirksverordnetenversammlung mehrheitlich gefolgt. Damit steht nur fest: das Interessenbekundungsverfahren Café Leo ist nicht rechtskonform und muss wiederholt werden.

Ingrid Bertermann,
Geschäftsführerin der BVV-Fraktion

Großvermieter machen Eigenwerbung für die Vergesellschaftung ihres Wohnungsbestandes

Interview mit dem Geschäftsführer des Berliner Mietervereins Reiner Wild

Mittendrin:

Vor dem Hintergrund der gegenwärtig stark angestiegenen Inflationsrate nehmen die Verdrängungsängste selbst gutverdienender Mieter – Stichwort Mietenwahnsinn – enorm zu. Vor allem die Energie- und Nahrungsmittelpreise verteuerten sich im vergangenen Jahr insgesamt mit einer Inflationsrate von 3,1 Prozent. Das ist die höchste Rate seit 28 Jahren. Im Monat Dezember stieg die Inflationsrate weiter auf 5,3 Prozent. Wie sieht es denn auf der Ebene der Mieten aus?

Reiner Wild:

In den nächsten Monaten sind vor allem Nachzahlungen bei den Betriebskosten aufgrund gestiegener Heiz- und Stromkosten zu erwarten, wegen gestiegener Marktpreise, aber auch wegen der CO₂-Bepreisung fossiler Energieträger. Verdrängungsgefahr gibt es tatsächlich bei teilweise enormen Forderungen nach Modernisierungen. Das steigert sich bisweilen auf zwei bis drei Euro pro qm im Monat. Vielen Mietern und Mieterinnen stecken noch die Rückzahlungen für die Mietendeckelsenkung in den Knochen.

In manchen Stadtteilen hängen die Verdrängungsängste wiederum mit Eigentümerwechsel oder der wegfallenden Sozialbindung der Mieten zusammen. Dagegen wird die Umwandlung in Eigentumswohnungen nun hoffentlich durch eine neue Rechtsverordnung für das gesamte Stadtgebiet eingedämmt werden.

Mittendrin:

Was weit über die Hälfte der Wohnbevölkerung dieser Stadt fordert, ist eine Begrenzung der Willkür börsennotierter Großvermieter. Die Sprecher der Initiative zur Enteignung von Deutsche Wohnen & Co. haben zu Recht betont, dass die Zustimmung zu ihren Forderungen anlässlich der Wahlen im September über derjenigen der drei größten Parteien zusammen lag (59 Prozent der gültigen Stimmen).

Aber nichtsdestoweniger verbreitete die Deutsche Wohnen z.B. bei der juristischen Bewertung des Berliner Mietspiegels einen kaum mehr zumutbaren Geruch feudalistischer Willkür. Äußerte sich das auch bei den Betriebskostenabrechnungen?

Reiner Wild:

Richtig ist, dass uns und den Mietern die Betriebskostenabrechnungen großen Ärger bereiten. Eine tatsächliche Kontrolle der abgerechneten Kosten im Hinblick auf die



Geschäftsführer des Berliner Mietervereins Reiner Wild

Mittendrin:

Müsste nicht eine offenbar notwendige gesetzliche Neuregelung auch hier im Rahmen der von der Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ geforderten Vergesellschaftung

Leistungen ist oft gar nicht möglich, weil mit betriebsinternen Kennziffern gearbeitet wird, die nicht durchschaubar sind. Über das sogenannte Insourcing generieren börsennotierte Wohnungsunternehmen rund ein Sechstel ihres Gewinns. Leider führen Urteile der Gerichte über Streitigkeiten immer nur zu Einzelfalllösungen und nicht zu einer Umkehr der Bewirtschaftungsstrategien dieser Unternehmen.

Mittendrin:

Und wie vertragen sich diese Methoden mit der „Mietpreisbremse“?

Reiner Wild:

Die „Mietpreisbremse“ wird durch über- und unterbewertete Modernisierungen umgangen. Notwendige Instandsetzungen werden trotz Mängeln hinausgezögert. Aufgrund der ständigen technischen Entwicklung kann dann die Instandsetzung oft als „Modernisierung“ auf Kosten der Mieter vollzogen werden.

der börsennotierten Großvermieter geschaffen werden?

Reiner Wild:

Die auf ständige Gewinnvermehrung ausgerichteten börsennotierten Großvermieter sind von ihrer Struktur, den Bilanzierungsvorgaben und dem Aktienrecht her im Kern an einer Bewirtschaftung für das Gemeinwohl gehindert. Daher machen sie im Grunde genommen Eigenwerbung für die Vergesellschaftung ihres Wohnungsbestandes.

Das Gespräch führte Rainer Scholz

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an

info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

Menschen in Mitte

Dora Schmidt: Die reichen Erfahrungen der Parteiveteranen wertschätzen und einbeziehen!

Wenn man fast acht Jahrzehnte mit Herzblut Partei- und Gewerkschaftsarbeit geleistet hat, müsste man auf die 100 zugehen. Dora Schmidt ist 95 und voller reicher politischer und menschlicher Lebenserfahrungen. 1945 wurde sie 19-jährig Mitglied der KPD, war beim Zusammenschluss von KPD und SPD zur SED dabei, aus der dann die PDS und DIE LINKE wurden.



Dora Schmidt

„Seit fast 77 Jahren ist diese Partei meine politische Heimat“, betont die noch rüstige beeindruckende Genossin. „Mir ist klar, dass die neuen, jungen Mitglieder uns Alte ablösen – aber bitte nicht ohne Einbeziehung unserer Erfahrungen! Ich fühle mich wie Christa Luft und viele ältere Genossen diskriminiert und negativ wertgeschätzt. Der gegenwärtigen Politik meiner Partei kann ich leider nicht zustimmen. Nur um von den anderen Parteien akzeptiert zu werden, mit ihnen zu koalieren und sich einzubilden, dass man als kleinste Partei etwas durchsetzen kann, ist eine Illusion. Und dass unser

bisheriges Kernthema - Krieg und Frieden - statt an der Spitze ganz hinten im Programm steht, kann ich nicht nachvollziehen. Auch müsste sich die Partei eindeutig zu Russland positionieren, sich für Kooperation statt Konfrontation einsetzen. Heute noch erinnere ich mich gern meiner Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 58. Jahrestag der Oktoberrevolution 1975 in Odessa, Beginn einer jahrelangen engen Freundschaft mit Mitarbeitern unseres Partnerbetriebes.“

1926 im pommerschen Köslin (heute Koszalin) in einer Arbeiterfamilie geboren und aufgewachsen, kam Dora im August 1945 nach Ende des Zweiten Weltkrieges in einem Antifa-Transport mit ihrer Mutter, Oma und Schwester nach Schönberg in Mecklenburg. Schon nach wenigen Tagen arbeitete sie in der dortigen KPD-Kreisleitung mit, wurde zur Landespartei-schule in Kühlungsborn delegiert. Grevesmühlen, Greifswald und Schwerin waren die nächsten Stationen in ihrer vielseitigen Parteiarbeit.

„1955 ging ich mit meinem Mann, der vom Zentralvorstand der IG Bau-Holz berufen wurde, und unseren bis dahin zwei Söhnen nach Berlin“, nennt sie die neue Etappe in ihrem Leben, zuerst als Sekretärin bei der Gewerkschaft und dann ab 1967 in einer Projektierungs-Abteilung des Bau- und Montagekombinats Kohle und Energie in der DDR-Hauptstadt. Gleich im ersten Jahr wurde sie in die zentrale Parteileitung gewählt. „Zehnmal verteidigten wir den Titel ‚Kollektiv der sozialistischen Arbeit‘, dafür wurden wir mit einer Reise nach Moskau ausgezeichnet.“ Dora erhielt die „Verdienstmedaille der DDR“.

1986 wurde Dora Schmidt Rentnerin, doch sie ist bis heute aktiv. 20 Jahre lang recherchierte sie für die Rubrik „Bei anderen gelesen“, schrieb und korrigierte sie Texte für unsere „mittendrin“. Dafür spricht ihr die Redaktion Dank und Anerkennung aus. Jetzt hat „Mutsch“ mehr Zeit für ihre Großfamilie, ihre drei Söhne, sieben Enkel und vier Urenkel. Dafür wünschen wir ihr vor allem Gesundheit, Lebensfreude und viel Zuversicht in die Zukunft, auch in die unserer Partei.

Matthias Herold**Kurznachrichten****► Monet in der Münze**

Seit 12. Januar kann man in der Alten Münze die impressionistische Kunst von Claude Monet auf besondere Art wahrnehmen. Durch die 3D-Projektion kann man im grauen Berliner Winter selbst in die farbenfrohe Welt des französischen Malers „eintauchen“.

► Verbesserung der Luft in der Leipziger Straße

Das Tempolimit auf 30 km/h in der Leipziger Straße zeigt Wirkung und die Luftbelastung in der stark befahrenen Straße ist zurückgegangen. Bei den Stickoxiden und dem Feinstaub hat es einen Rückgang gegeben und die Luftqualität soll sich verbessert haben.

Ob das die Aufenthaltsqualität für die AnwohnerInnen in der vielbefahrenen Leipziger Straße wesentlich verbessert, bleibt abzuwarten.

► „Gewachsen auf Sand“ im Mitte Museum

Mit der neuen Dauerausstellung „Gewachsen auf Sand“ präsentiert sich das Mitte Museum in der Pankstraße 47 in diesem Jahr. Gezeigt werden Beispiele aus der Stadtplanung, -gesellschaft und -kultur Berlins der letzten 250 Jahre. Besuchbar auch virtuell unter www.mittemuseum.de/aktuelles/2021/virtueller-rundgang-durch-die-neue-dauerausstellung-des-mitte-museums.

► „Mühlenstube“ für Drogenabhängige

Mittes zweiter Drogenkonsumraum „Mühlenstube“ ist in der Müllerstraße eröffnet worden. Schwer Abhängige können dort unter Aufsicht Drogen spritzen. Vor Ort bekommen sie ein sauberes Spritzenbesteck, können duschen oder ihre Wäsche waschen. Pfleger versorgen sie medizinisch, Sozialarbeiter helfen beim Ausfüllen von Antragsformularen.

► Plansch Singerstraße wird saniert

Die Sanierung der Plansch in der Singerstraße hat begonnen. Eine Untersuchung des abgebrochenen Betons hatte eine Schadstoffbelastung ergeben. Für die Bauabfälle müssen nun gesonderte Vergabeverfahren für ein Abfallmanagement organisiert und spezielle Entsorgungsunternehmen beauftragt werden. Das Bezirksamt rechnet damit in Kürze.

Bei anderen gelesen

„Eigentlich könnte die Linkspartei aus ihrer Lage derzeit einen Vorteil machen: Sie ist die einzige politische Kraft in Deutschland, die die Ampel-Regierung von links kritisieren kann.“ So **DIE ZEIT** zur Jahresauftaktveranstaltung der Partei. Das Blatt verweist auf ein Papier der Parteivorsitzenden, „in dem sie zwar einerseits auf einen schnellen ökologischen Umbau der Gesellschaft dringen und die Ampel dabei teilweise noch in ihren Zielen zu überholen versuchen, in dem sie aber auch die fehlende soziale Abfederung der Klimapolitik der neuen Regierung beanstanden.“ Die **Frankfurter Allgemeine** meint: „Nach dem Debakel bei der Bundestagswahl im September sucht die Linke immer noch mühsam einen Neuanfang zwischen Selbstkritik und Streit. Tritt fassen will sie ausgerechnet mit dem Kernthema der Ampel-Koalition: einer radikalen Klimawende, nur schneller und gerechter.“

Christa Luft trat aus der LINKEN aus. Der **Freitag** sieht darin „ein weiteres Anzeichen dafür, dass die Partei Die Linke sich in der wohl größten Krise ihres bisherigen Bestehens befindet. (...) Christa Lufts Austritt ist ein Weckruf, dass sich die sozialistische Linke der Geschichte nicht verschließen kann, wenn sie sich erneuern will.“

Gregor Gysi sieht **DIE LINKE** am Abgrund. In einem **SPIEGEL**-Gespräch verweist er auf zwei Fehler: „Der erste Fehler war, dass wir leichtfertig unsere Ost-Identität aufgegeben haben. (...) Der zweite Fehler war, dass nicht mehr klar wurde: Was ist eigentlich Mehrheitsmeinung und was ist Minderheitsmeinung?“ Gysi weiter: „Wir müssen uns auf bestimmte Themen konzentrieren. Und das kann bei der Linken nur die soziale Frage sein.“

Der fühlt sich auch Gerhard Trabert, Präsidentschaftskandidat der LINKEN, verpflichtet. Die **Allgemeine Zeitung** aus Mainz kommentiert: „Rund um Wiesbaden und Mainz ist er mit seinem Einsatz für Obdachlose, Flüchtlinge, für die Armen und Ausgestoßenen sehr bekannt geworden. (...) Seit vielen Jahren geht Trabert da hin, wo es wehtut, und erinnert damit schmerzhaft auch den Rest der Gesellschaft an ihre Fehler und blinden Flecken. Dieser Realitätsschock (...) kann dem Politikbetrieb nur guttun.“ Die **Süddeutsche Zeitung** merkt an, mit der Kandidatur Traberts bekomme die Wahl des Bundespräsidenten „immerhin den Hauch von einem demokratischen Wettstreit.“

Schäbigen Deal gegen Wohnungslose verhindern!

An Bekenntnissen mangelt es nicht. Die Schaffung neuer Wohnungen und der Erhalt bezahlbaren Wohnraums steht heutzutage in jedem Wahl- und Parteiprogramm. Zu Recht. Die Wohnungs- und Mietenfrage sind nach wie vor die drängendsten Probleme in Berlin. Keine Partei kommt an diesem Thema vorbei. Doch die Wege dorthin sind so verschieden wie die Wege nach Rom.

(Die Grünen) als eine Beschlagnahme von Wohnraum begann, entpuppte sich letztlich als ein schäbiger Deal auf dem Rücken der Schwächsten der Gesellschaft. Von Dassel verhandelt mit dem Eigentümer des Hauses den Abriss und schickt die Wohnungslosen früher oder später wieder zurück unter die Brücken. Die Tat verkommt zu einer Gefälligkeit für einen gierigen Immobilienspekulanten.



Für den Erhalt der Habersaathstraße 40-48 gilt es zu kämpfen!

An dieser Stelle haben wir schon oft über den Wohnungsleerstand in der Habersaathstraße 40-48 berichtet. 106 bezugsfertige, sofort vermietbare Wohnungen stehen dort seit Jahren aus rein spekulativen Gründen leer. Zum wiederholten Male haben wohnungslose Menschen auf diesen Skandal mit Besetzungen aufmerksam gemacht. Während die friedliche Besetzung Ende 2020 noch brutal von der Polizei beendet wurde und die wohnungslosen Menschen zurück unter Brücken flüchteten, verlief die Besetzung Ende 2021 anders. Die Wohnungslosen durften bleiben. Viele von ihnen haben zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder ein Dach über dem Kopf, Heizung und ein Bad inklusive.

Ist das das glückliche Ende eines jahrelangen Streits, der vor allem von den wenigen noch verbliebenen Mieter:innen des Hauses und deren Unterstützer:innen, u.a von der Initiative „Leerstand-hab-ich-saath“, geführt wurde? Leider nicht. Was als nahezu revolutionär wirkende Maßnahme des Bezirksbürgermeisters von Dassel

Der Abriss würde nicht nur den Verlust von 106 dringend benötigten Wohnungen bedeuten, sondern stellt auch eine unnötige Energie- und Ressourcenverschwendung dar. Spätestens hier müsste es beim grünen Bürgermeister „klick“ machen. Schließlich werden die Themen Klimaschutz und Ressourcenschonung zuerst den Grünen zugeschrieben. Doch die Grünen haben ein zunehmendes Glaubwürdigkeitsproblem. Es nutzt nichts, öffentlichkeitswirksam den Klimanotstand auszurufen und im Bezirk Nachhaltigkeitsstrategien zu entwickeln, wenn sie in der Praxis keine Wirkung entfalten.

Für den Erhalt der Wohnungen gilt es zu kämpfen, Herr von Dassel, mit den Bewohner:innen gegen den Spekulanten, wenn nötig auch vor der letzten Instanz! Die Mehrheit der Stadtgesellschaft ist an Ihrer Seite.

Sie wissen schon: Wer kämpft, kann verlieren – wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Sven Diedrich,
Co-Vorsitzender der Linksfraktion
in der BVV

Glück folgt dem Unglück

Zwei Jahre sozialer Rückzug heißt viel spazieren, kaum Restaurants, Kino, einmal Theater, zweimal Oper, dreimal Geimpft. Noch gesund geh' ich zum Arzt, ins Café, einkaufen, medial tauschen wir Kocherfolge im Ottolenghi-Stil. In der dänischen Brotbäckerei ums Eck stahlen mir Diebe mein Portemonnaie, sie kauften bei Rossmann und in Getränkeshops vierundzwanzig Mal unter 50 Euro ein, zudem Elektronik und Klamotten, und für 12 Euro bei der BVG.

Waren es die zwei schlanken deutschen Männer im StartUp-Style, die Frau im roten Mantel? Sie drängelten, waren sofort weg... Trotzdem mag ich Mittes soziale, kulturelle und ethnische Vielfalt! Im Revier Brunnenstraße trug der coole Polizist palästinensischer Herkunft kleidsames Polizei-Blau, Revolver am Oberschenkel, er notierte gewissenhaft Details, gab mir Ratschläge, sagte, Hackescher Markt und Rosenthaler Platz sind für Diebe ertragreicher als Aldi im Wedding. Er ahnte es, das Marburger ServiceCenter Briefermittlung schickte mir Wochen später unwichtige Karten und Ausweis als „unanbringliche Briefsendung“. Doch Berlin war

schneller: Ausweisertermin Bürgeramt Friedrichshain, Kredit- und BVG-Karte ersetzt, Rückbuchungen, für die Gesundheitskarte hieß es QR-Code, Selfie, einpassen, absenden... Derweil bleibt Corona in Medien und Alltag präsent, verfinstert nassgraues Wetter die Stimmung, flaniert kaum wer durch die Friedrichstraße und unterirdischen Leerstand. Auch Straßenmüll ist kein Thema. Gehört meine Gegend zu den zwölf Kiezblöcken, die in Mitte vom Durchgangsverkehr befreit werden? Vor Corona drückte heiße politische Luft aufs Gemüt, jetzt könnte frischer Wind Bau, Bus, Bahn und Schulen beleben. Die Zukunft setzt auf digitale Kompetenz und Fantasie, das urbane Miteinander nicht minder. Nicht unbemerkt gewinnt das Tacheles-Gelände bereits imposant an künftiger Gestalt, auch die Headquarters von Autodoc, Europas größtem Onlinehändler für Autoersatzteile, sind auf 14 000 qm eingemietet, und irgendwann wird der Molkenmarkt ein innerstädtisches Kleinod. Am Alex wächst noch nichts nach oben, aber „Monarch“ hat neben Alexa sechs Etagen tief ein Fundament gegossen. Nicht verkehrsberuhigt ist die Torstraße, noch queren Fußgänger rennend Friedrichstraße/



Für einen Kaffee draußen für Raucher und Ungeimpfte

Ecke Linden bei zu kurzem Grün, wann endlich werden vergessene Absperrgitter, verbliebener Bauschutt, und an der Rosenthaler-/Ecke Gipsstraße eine Menge nutzloser Ampeln beseitigt?

Irene Runge

Wedding: Solidarisch durch die Corona-Krise

Als „Montagsspaziergänge“ getarnt, gehen wöchentlich dezentral Menschen auf die Straße, um gegen die pandemiebedingten Schutzmaßnahmen zu protestieren. Doch was sie als Einschnitte in ihre persönliche Freiheit bezeichnen, ist menschenverachtender Egoismus. Ohne Maske und Abstand gefährden sie das Leben und die Gesundheit insbesondere von vorerkrankten Menschen.

Bundesweit angestoßen wurden die aktuellen Umzüge von extrem Rechten. Oftmals sind stadt- und kiezbekannte Nazis maßgeblich an der Organisation dieser Proteste beteiligt – unwidersprochen von den anderen Teilnehmer:innen. Wer mit diesem Milieu protestiert, ist nicht automatisch ein Nazi, wertet jedoch deren Gedankengut auf und macht die Rechte stark. Wir sagen: Mit Nazis marschieren ist kein spazieren! Im Wedding treffen sich die sogenannten Montagsspaziergänger:innen montags um 18:00 Uhr vor dem Rathaus Wedding. Als wichtige Vernetzungspartner:innen werden die Partei „dieBasis“ sowie „Christen im Widerstand“ benannt. Gründer der „Christen im Widerstand“ ist Christian Stockmann, der

im Wedding das „Café Mandelzweig“ als zentralen Treffpunkt für Mitglieder der rechten Pandemieleugner:innen-Szene aufgebaut hat und dem ehemaligen AfD-Politiker Heinrich Fiechtner nahesteht, der wiederum ein Bindeglied zur Neonaziszene ist.

Es ist legitim und notwendig, unsoziale Missstände im „Krisenmanagement“ von Bundesregierung und Senat zu kritisieren. Die Corona-Krise wird auf die Armen abgewälzt, während die Reichen profitieren.

DIE LINKE fordert seit langem die sofortige Freigabe der Patentrechte auf die Impfstoffe, eine aufsuchende Impfkampagne und einen massiven Ausbau des staatlichen Gesundheitswesens. Gesundheit darf keine Ware sein! Auch brauchen wir Unterstützung für Familien und Kinder, die tagtäglich zusätzlichen Belastungen durch Homeoffice, Quarantäne, Kita- und Schulschließungen ausgesetzt sind.

Im Wedding kamen am Montag, dem 17. Januar, Nachbar:innen und Anwohner:innen zum ersten Mal vor dem Rathaus Wedding zusammen, um gemeinsam sichtbar zu machen: Im Wedding ist kein Platz für die Verharmlosung der Corona-Pandemie und rechte Hetze.

Protestiert mit uns jeden Montag,
17:30 Uhr, vor dem
Rathaus Wedding!



**Masken auf
Nazis raus!**

Coronasparziergänge nicht
unwidersprochen lassen!

DIE LINKE.
10. Wedding

Proteste gegen Corona-Politik – ja!
Mit Nazis? Niemals!

Regina Sternal und Brian Janßen,
DIE LINKE.Berlin-Mitte, BO Wedding

Pandemie in neuer Dimension – Solidarität ist gefragt

Die Corona-Pandemie geht ins dritte Jahr und stellt uns mit der neuen Virusvariante auch vor neue Herausforderungen. In einer Woche haben sich im Bezirk Mitte knapp 13.000 Menschen nachgewiesen infiziert (Stand 25.1.).

Natürlich wird ein Teil von ihnen krank und wiederum ein Teil schwer bis hin zum Krankenhausaufenthalt. Dass unsere Kliniken nicht bereits vor Wochen die Triage einführen mussten, liegt an dem besseren Immunstatus der Bevölkerung. Diese ist zu drei Vierteln vollständig geimpft, zur Hälfte bereits mit einer Auffrischung. Auch in Berlin, auch bei uns in der LINKEN wird darüber diskutiert, wie der Impfstatus weiter verbessert werden kann. Die LINKE-Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard in Bremen hat es vorgemacht: wer Menschen erreichen will, muss zu ihnen in die Kieze gehen. Es ist wenig hilfreich, auf einzelne Bevölkerungsgruppen migrantischer Herkunft mit dem Finger zu zeigen: die Gründe, warum sich Menschen bisher nicht haben

impfen lassen, sind vielfältig. Fast immer spielen Desinformation, aber auch Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen eine Rolle. Vertrauen hingegen schafft, wenn wir Impf- und Beratungsangebote zu den Menschen bringen, die sich nicht aus ihrem Kiez herausbewegen (können) oder die die üblichen medialen Angebote nicht erreichen. Der Senat hat eine neue aufsuchende Impfkampagne vorbereitet, die jetzt gemeinsam mit Sozialträgern, Religionsgemeinschaften und medizinischen Einrichtungen umgesetzt wird.

Omikron hat aber auch die PCR-Testinfrastruktur und (wieder) die Kontaktnachverfolgung durch die Gesundheitsämter kollabieren lassen. Hieraus wird zu lernen sein, aber für die akute Situation müssen die sozialen Folgen der Pandemie abgefedert werden. Dazu gehört zuerst, Arbeitnehmer:innen aber auch Schüler:innen das Zuhausebleiben überhaupt rechtssicher zu ermöglichen. Wir LINKE haben uns dafür eingesetzt, die Präsenzpflcht an den



Schulen aufzuheben, damit diese entlastet offen bleiben können. Durchseuchung der Kinder kann aus vielerlei Gründen keine Option sein, zumal die Pandemie nicht beendet, sondern eher verlängert wird.

Viele Kitas müssen in diesen Tagen leider schließen. Wir fordern von der Bundesregierung, hier die Krankschreibungen weiter zu vereinfachen und Kinderkrankentage auszuweiten. Man muss den Menschen ermöglichen, sich zu schützen.

Tobias Schulze
ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender und gesundheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus

Rechts- und Sozialberatung

Haben Sie Ärger mit dem Amt oder Jobcenter? Probleme mit dem Vermieter oder der Vermieterin, Inkasso oder Arbeitgeber*in? Dann kommen Sie gerne in unsere Sprechstunde!

Wenn möglich, melden Sie sich bitte vorher an. Sie können uns zu Ihrem Problem gerne per Mail informieren. sozialberatung@linkstreff.de

Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin, Tel.: 030 28705751

Die nächsten Termine sind der **04.02.**, **18.02.**, **04.03.** und **18.03.** jeweils von **15 bis 17 Uhr**



Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

an jedem ersten Mittwoch des Monats von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und

an jedem dritten Mittwoch des Monats im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

Wahlkreisbüro Tobias Schulze,

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39, 13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449
Bus 142 Kiautschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrumer Straße

Während der Öffnungszeiten telefonisch erreichbar.

Öffnungszeiten:

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag 10 – 16 Uhr Und nach Vereinbarung!

Per Mail, Facebook, Twitter erreichbar.

buero.schulze@linksfraktion.berlin • www.facebook.com/TobiasSchulzeLINKE
www.tobiasschulze.berlin • Twitter: @sprengbuero



Das ist das Letzte

Die CDU hat jüngst die Vorsitzenden so oft gewechselt wie Hertha BSC die Trainer. Beide fürchten den Abstieg. Nun also Friedrich Merz. Der kommt aus Brilon, klingt exotisch, liegt aber im Sauerland. Als Schüler sei er ein Biertrinkender Rabauke mit langer Mähne gewesen. Behauptet er. Aus seiner Klasse ist zu hören, der junge Friedrich war damals geschneitelt wie heute der alte Fritz.

Neuer Vorsitz klingt nach neuem Besen, Merz kokettiert lieber als alte Bürste. Der Mann blickt rückwärts in die Zukunft. Als aktueller Leithammel vertritt er alte Leitkulturen. Abgehangene Männerwitze gehören dazu, gern mal gegen Schwule oder auf Kosten von Frauen. Einst näherte er sich einem der größten deutschen Kulturgüter und entwickelte eine Steuererklärung auf einem Bierdeckel. War aber eine Schnaps-idee. Stets lag ihm das Klima am Herzen. Das Geschäftsklima.

Folglich war Merz lange Zeit Rocker. Klingt spannend, war aber ein Bankjob. Bei Black-Rock, einer – wie schon der Name sagt – dunklen Macht am Finanzmarkt. Da hat der Sauerländer ordentlich Kies gemacht und sich ein Privatflugzeug vom Munde abgespart.

In die Schlagzeilen geriet Merz einst wegen eines Finderlohns. Klingt spendabel, war aber peinlich. Der Bundestagsabgeordnete hatte seinen Laptop mit brisanten Daten verloren. Der Obdachlose Enrico J. fand das Gerät, das er gut hätte umrubeln können. Hat er aber nicht gemacht. Er gab es mit Hilfe der Obdachlosenhilfe an Merz zurück. Der schickte ein Exemplar seines Buches „Nur wer sich ändert, wird bestehen. Vom Ende der Wohlstandsillusion – Kursbestimmung für unsere Zukunft“. Mit Widmung! Das Buch landete schnurstracks in der Spree, der Autor schnürte als politischer Wiedergänger an die Parteispitze. Merz schenkte seinem Vorgänger Laschet zum Abschied ein iPad. Der sollte gut drauf aufpassen.

Schorsch

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204

E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:
R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Redaktionsschluss: 26.01.2022

Ausgabetag für Nr. 03/2022 – 03.03.2022

Bezirksamt droht Café Leo mit Räumung Ende Februar

Fassungslos überreichte uns Hüseyin Ünlü dieser Tage ein Schreiben vom Straßen- und Grünflächenamt (SGA): Unter Androhung schwerer Strafen wird er ultimativ aufgefordert, das gesamte Gebäude seines Café Leo bis zum 28.2. vollständig abzubauen. Warum, um alles in der Welt, treiben das SGA und die bezirkliche Präventionskoordination den allseits beliebten Betreiber des Cafés auf dem Leopoldplatz in den Ruin? Das fragen sich viele Menschen im Wedding.

Denn Hüseyin Ünlü und sein Café Leo sind dort eine Institution. Seit mehr als zehn Jahren ist er Anlaufstelle für Alt und Jung aus aller Welt, ein sozialer Anker für so viele Menschen. Durch den Einsatz von Hüseyin hat sich die Aufenthaltsqualität auf dem Leopoldplatz stark verbessert! Er ist der Kitt, der den Wedding zusammenhält.

Mehr als 69.000 Euro hat er 2017 privat nochmals in den Bau seines neuen Gebäudes investiert – ganz ohne bezirkliche Unterstützung, aber im Vertrauen, dass der Bezirk ihm langfristig den Betrieb des Café Leo für die Menschen im Wedding gestattet. Im Februar 2021 begann sich dann abzuzeichnen, dass besonders die Präventionskoordination Hüseyin vertreiben will.

Als Linksfraktion stellten wir daraufhin erfolgreich eine Reihe von Anträgen an die BVV. Das SGA wurde aufgefordert, Hüseyin Ünlü die von ihm im April beantragte langfristige Nutzungsdauer zu ermöglichen. Es setzte sich aber darüber hinweg und drückte rechtswidrig ein Interessenbekundungsverfahren (IBV) durch, obwohl Hüseyins Widerspruch gegen die Ablehnung seines Antrags noch anhängig ist. Dabei kam es zu mehreren Verstößen, u. a. gegen die Landeshaushaltsordnung und gegenüber der Stadtteilvertretung Müllerstraße.

Zwei Fachausschüsse und die gesamte BVV bestätigten Mitte Januar unseren im November eingereichten Antrag: Die zuständige Verwaltung muss das IBV sofort stoppen, mindestens bis zum Abschluss des laufenden

Widerspruchsverfahrens und einer möglichen gerichtlichen Entscheidung. Sollte Hüseyin diesen Rechtsstreit nicht gewinnen, ist das IBV aufgrund der schweren Fehler zu widerrufen und die BVV und die Zivilgesellschaft wie die Stadtteilvertretung Müllerstraße und



Das Café Leo von Hüseyin Ünlü (rechts im Bild) – ein sozialer Anker auf dem Leopoldplatz

der Runde Tisch Leopoldplatz gleichberechtigt zu beteiligen. Die unfassbare Gentrifizierung der Gastronomie im Wedding muss endlich ein Ende haben und engagierte Menschen wie Hüseyin Ünlü dürfen nicht in den Ruin getrieben werden. Als Linksfraktion und Partei wollen wir nicht eher ruhen, bis das Café Leo und sein Betreiber gerettet sind!

**Simon Gückel und Lissi Schröder,
Bürgerdeputierte für Die Linke. in der BVV**

Wir gratulieren im Februar zum Geburtstag!

- zum 95. Eva Gumpel,
- zum 93. Edith Kehr
- zum 92. Karl Seidel,
Hans-Christian Teubner
- zum 90. Katharina Prosetzky
- zum 89. Erna Funk, Ulla Plener,
Hildegard Rutekolk,
Günter Fuhrmann
- zum 88. Werner Vogel
- zum 87. Günter Poppe
- zum 86. Käthe Wetzels, Rolf Richter
- zum 85. Rosemarie Giese, Helmut Möller,
Siegfried Wein
- zum 83. Ruth Mütze
- zum 80. Karin Heinrich
- zum 70. Iris-Cornelia Seifert, Bernd Otto